

GewerkschaftsGrün 2012

11.-13.Mai 2012, Berlin, Wannsee

SprecherInnen

MdB Beate Müller-Gemmeke

Reutlingen

Wolfgang Stather

Heidelberg

Hartmut Wauer

Kißlegg

www.gewerkschaftsgruen.de

info@gewerkschaftsgruen.de

Berlin, den 13.05.2012

CDU-Lohnuntergrenze ist eine Mogelpackung

GewerkschaftsGrün fordert einen gesetzlichen Mindestlohn und kritisiert den Vorschlag für eine Lohnuntergrenze der CDU scharf. Ein gesetzlicher Mindestlohn ist per Definition der niedrigste gesetzlich zulässige Lohn. Er muss flächendeckend und für alle Beschäftigten gleichermaßen gelten. Die Lohnuntergrenze der CDU ist hingegen ein Etikettenschwindel, der den Namen Mindestlohn nicht verdient.

So lehnen wir x-verschiedene Lohnuntergrenzen, die von Region zu Region, von Branche zu Branche und zwischen Arbeitnehmergruppen differenziert, kategorisch ab. GewerkschaftsGrün steht zur Tarifautonomie, denn Tarifverträge verbessern die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Der geplante Tarifvorrang im CDU-Vorschlag ist an dieser Stelle aber kontraproduktiv und wird nur eine begrenzte Wirkung zeigen. Extrem niedrige Tarifverträge bleiben weiterhin bestehen und unterlaufen einen Mindestlohn. Folgte man dem Willen der CDU, dann würde mit dem Tarifvorrang zudem ein neues Betätigungsfeld für Pseudogewerkschaften, wie beispielsweise die Christlichen Gewerkschaften, geschaffen, um mit arbeitgeberfreundlichen Tarifen Lohndumping zu betreiben. Der Tarifvorbehalt bei der Leiharbeit hat die Auswirkungen und Gefahren eindrücklich gezeigt.

Ganz abstrus wird das vorgeschlagene Verfahren für den Fall, dass sich Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite in einer Kommission, die die sog. Lohnuntergrenze festlegen soll, nicht auf einen Schlichter einigen können und in der Folge das Los entscheidet. Zukünftig soll also „gewürfelt“ werden, ob die Beschäftigten von ihrem Lohn leben können oder letztlich auf aufstockendes Arbeitslosengeld II angewiesen sind. Lebensentwürfe und die Existenz von Menschen darf nicht vom Losglück abhängen. Der CDU-Vorschlag ist nicht akzeptabel, denn er ist arbeitnehmerfeindlich und zeigt wieder einmal einen gravierenden Mangel an Ernsthaftigkeit.

Für GewerkschaftsGrün gilt: Jede Arbeit hat ihren Wert und muss fair entlohnt werden. Deshalb fordern wir eine Mindestlohnkommission, die aus VertreterInnen von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und der Wissenschaft besteht. Die Kommission soll einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn festlegen, der aber nicht unter 8,50 Euro liegen darf und für alle Beschäftigten gleichermaßen gilt.